

## **Unterrichtung**

### **durch die Bundesregierung**

### **Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1999**

#### **I. Arbeitsschwerpunkte**

In Umsetzung des Beschlusses über die Harmonisierung der EU- und WEU-Präsidentschaften aus dem Jahre 1997 übernahm Deutschland am 1. Januar 1999 gleichzeitig mit der EU-Präsidentschaft die WEU-Präsidentschaft.

Die Arbeit der deutschen WEU-Präsidentschaft war geprägt von der durch Großbritannien und Frankreich in St. Malo im November 1998 angeregten erneuten Diskussion über die Zukunft der europäischen Sicherheit und Verteidigung. Im Rahmen dieser Diskussion, die parallel auch in der EU und der NATO geführt wurde, wurden in der WEU ein informeller Reflektionsprozess über die künftige europäische Sicherheit und Verteidigung begonnen und die erste Phase einer Bestandsaufnahme der für Operationen der Europäer zur Verfügung stehenden Mittel und Fähigkeiten durchgeführt. Dieser informelle Reflektionsprozess wird von der kommenden luxemburgischen Präsidentschaft fortgesetzt werden. Die Bestandsaufnahme der für europäische Operationen zur Verfügung stehenden Mittel und Fähigkeiten wurde im Juni 1999 auf nationale Streitkräfte ausgeweitet und wird im zweiten Halbjahr 1999 fortgeführt werden.

Der deutschen Doppelpräsidentschaft gelang es, die im Protokoll zu Artikel 17 des Vertrags von Amsterdam vorgesehene Erarbeitung von Regelungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der WEU rechtzeitig bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam fertig zu stellen.

Im Mai des Jahres begann mit der Minenräummission in Kroatien die erste von der EU mandatierte WEU-Mission. Die Durchführung der Mission wird vollständig von der EU finanziert. Der WEU-Beobachterstaat Schweden leitet die Mission, die dem kroatischen Minenräumzentrum beratend und ausbildend zur Seite steht.

Im März beauftragte die EU die WEU, ihre seit 1997 laufende Ausbildungs- und Beratungsmission zugunsten der albanischen Polizei aufzustocken und geographisch auszuweiten.

In Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel in Washington wurden zwei wesentliche Bausteine für die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO, ein Rahmendokument für den Rückgriff der WEU auf Mittel und Fähigkeiten der NATO sowie ein Dokument über Konsultationsverfahren zwischen beiden Organisationen fertiggestellt.

Im März wurden die drei neuen NATO-Mitglieder Ungarn, Polen und die Tschechische Republik Assoziierte Mitglieder der WEU.

Das Frühjahrstreffen der Außen- und Verteidigungsminister fand am 10. und 11. Mai 1999 in Bremen statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Fortentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Krise im Kosovo. Zur Fortentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestand Übereinstimmung über die Zielsetzung der Integration der WEU in die EU. Auch die Assoziierten Mitglieder und die Beobachter stimmten dieser Perspektive zu. Die Minister begrüßten das Ergebnis des NATO-Gipfels zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und unterstrichen die Notwendigkeit der Stärkung der operationellen Fähigkeiten der Europäer.

Der Europäische Rat in Köln verabschiedete eine Erklärung sowie einen Präsidentschaftsbericht zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung, der die Festlegung von Modalitäten für die Einbeziehung der Aufgaben der WEU in die EU bis zum Jahre 2000 vorsieht. Damit ist die politische Entscheidung über die von der Bundesregierung schon seit mehreren Jahren angestrebte Verschmelzung der WEU mit der EU gefallen.

Die Artikel-V-Verpflichtung des Brüsseler Vertrags wird für die Unterzeichner des Vertrags bestehen bleiben.

## II. Tätigkeit des Ständigen Rats, des Generalsekretariats, des Militärstabs, des Instituts für Sicherheitsstudien und des Satellitenzentrums

1. Der Ständige Rat als zentrales Beratungs-, Koordinations- und Entscheidungsgremium der WEU befasste sich mit der gesamten Bandbreite der in der WEU erörterten Themen und bereitete die Ministerratstagung in Bremen vor.

Der Ständige Rat traf im ersten Halbjahr 1999 zweimal zu gemeinsamen Treffen mit dem NATO-Rat zusammen. Das Treffen im März befasste sich mit den Vorbereitungen für den Washington-Gipfel der NATO sowie den bis dahin zu finalisierenden Arbeiten in der NATO und der WEU insbesondere zu einem Rahmendokument über die Nutzung von NATO-Mitteln und -Fähigkeiten durch die WEU. Ende Juni fand ein weiteres gemeinsames Treffen der beiden Räte statt, das unter anderem den Stand der Vorbereitungen für die gemeinsame NATO-WEU-Krisenmanagementübung im Jahre 2000 erörterte.

Der neue stellvertretende NATO-Oberkommandierende in Europa (DSACEUR), General Smith, sowie sein Counterpart für den Atlantikbereich (DSACLANT), Vizeadmiral Perowne, trafen mit dem Rat zu einem Meinungsaustausch über die Zusammenarbeit zwischen der WEU und der NATO und den Stand der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO zusammen.

Im Rahmen des Dialogs der WEU mit der Ukraine und Russland trafen sich die Mitglieder des Ständigen Rats mit dem ukrainischen und dem russischen Botschafter. Beide Treffen waren durch einen Meinungsaustausch über die jüngsten Diskussionen und Entscheidungen über die Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie über Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit mit der Ukraine und Russland geprägt. Auf Vorschlag der Ukraine billigte der Ständige Rat einen Aktionsplan über den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit zwischen der WEU und der Ukraine.

2. Der Ständige Rat wird durch das Generalsekretariat, das die zahlreichen Sitzungen des Ständigen Rates und seiner Arbeitsgruppen vor- und nachbereitet, unterstützt.
3. Schwerpunkte der Tätigkeit des Militärstabs waren unter anderem die Vorbereitung der gemeinsamen Übung mit der NATO im Jahre 2000 sowie die Überarbeitung der WEU-Krisenmanagementverfahren auf Grundlage der Erfahrungen während der Übung CRISEX 98.

Der Militärstab intensivierte seine praktische Zusammenarbeit mit dem Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission ECHO in humanitären Krisenfällen.

Der Militärstab ist weiterhin Kontaktstelle für das Polizeiberatungselement MAPE in Albanien, konzeptionelle sowie operative Führungsaufgaben wurden jedoch auf ein neu eingerichtetes kleines Operationshauptquartier in Brüssel übertragen.

Der Militärstab bereitete ferner die Ausbildungsmision zur Minenräumung in Kroatien vor.

Durch die assoziierte Mitgliedschaft Ungarns, Polens und der Tschechischen Republik haben diese drei Länder die Möglichkeit erhalten, Offiziere in den Militärstab der WEU zu entsenden. Die hierfür erforderliche Umstrukturierung des Militärstabs soll durch den WEU Militärausschuss (CHODs) im Herbst 1999 in Luxemburg abschließend gebilligt werden.

4. Das Institut für Sicherheitsstudien richtete, zum Teil mit anderen europäischen Forschungsinstituten, Seminare zu Themen wie den neuen Entwicklungen der europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit oder dem Friedensprozess im Nahen Osten aus.

Mitarbeiter des WEU-Instituts beteiligten sich an Seminaren und Tagungen zu sicherheitspolitischen Fragen. Darüber hinaus erstellte das Institut zahlreiche Publikationen und Dokumente. Chaillot-Papiere wurden zur Zusammenarbeit der Streitkräfte der Mittelmeerländer bei der Friedenswahrung sowie zur Zusammenarbeit in der Nordseeeregion veröffentlicht.

5. Der EU-Auftrag an die WEU, durch das Satellitenzentrum Satellitenaufnahmen über das Kosovo auszuwerten und die Ergebnisse an die EU, die NATO und die OSZE weiterzuleiten, führte zu einem intensiven Meinungsaustausch über die Möglichkeiten und Grenzen des WEU-Satellitenzentrums. Die fast vollständige Abhängigkeit des Satellitenzentrums von kommerziellem Bildmaterial beschränkt die operationelle Nutzung des Satellitenzentrums. Die Arbeiten des Zentrums zur Analyse der Infrastruktur sowie die Erstellung kartographischen Materials stellen eine wertvolle Ergänzung nationalen Datenmaterials dar.

Der Ratsauftrag führte zu einer Umschichtung der Arbeitskapazitäten des Zentrums von nationalen Aufträgen hin zu dem Ratsauftrag über das Kosovo, der 80% der Ressourcen des Zentrums bindet.

Deutschland stellt dem Satellitenzentrum auch Luftaufnahmen deutscher Drohnen über das Kosovo zu Auswertungszwecken zur Verfügung.

Nach schwierigen Verhandlungen wurde der Vertrag des deutschen stellvertretenden Leiters des Satellitenzentrums um drei Jahre verlängert.

## III. Tätigkeit der Arbeitsgruppen

1. Die Arbeitsgruppe des Rats befasste sich, neben der Vorbereitung der Sitzungen des Ständigen Rats, unter anderem mit institutionellen Fragen wie der Beteiligung der Beobachter am WEU-Haushalt, den Beziehungen zwischen WEU und EU sowie den Beziehungen zu Russland und der Ukraine. Die Arbeitsgruppe des Rats beriet auch über die Modalitäten der Aufnahme der drei neuen NATO-Mitglieder als Asso-

zierte Mitglieder der WEU sowie über die Beziehungen zum WEU-Institut für Sicherheitsstudien.

2. Die politisch-militärische Gruppe (PMG) befasste sich regelmäßig mit dem in Albanien tätigen Polizeiberatungselement MAPE sowie der Minenräummision in Kroatien. Ein neues wichtiges Arbeitsgebiet der Gruppe ist die Revision der Krisenmanagementverfahren. Die Gruppe befasste sich ferner mit der Vorbereitung der gemeinsamen Übung mit der NATO. Zu diesem Themenbereich fanden zwei gemeinsame Sitzungen mit dem in der NATO zuständigen Ausschuss für Operationen sowie Übungen (COEC) statt.

Die PMG traf wieder zu informellen Treffen mit der Arbeitsgruppe Sicherheit der EU zusammen. In den gemeinsamen Treffen wurden bisherige Erfahrungen des Zusammenwirkens von EU und WEU für den Fall eines Auftrags der EU an die WEU nach Artikel J.4.2 des Maastricht-Vertrags bzw. Artikel 17.3 des Amsterdamer Vertrags über die Europäische Union diskutiert sowie Bestandteile einer europäischen Verteidigungspolitik beraten.

3. Die politisch-militärische Arbeitsgruppe (PMWG) konnte zwei für die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO wichtige Elemente abschließen, ein Rahmendokument für die Nutzung von NATO-Mitteln und Fähigkeiten durch die WEU sowie ein Modell für Konsultationsmechanismen zwischen beiden Organisationen für den Fall einer WEU-Operation unter Rückgriff auf NATO-Ressourcen. Im Februar 1999 fand ein übungähnliches Seminar mit der NATO auf Botschafterebene zu diesen Konsultationsmechanismen statt.

Weitere Themen der Gruppe waren die von der deutschen Präsidentschaft initiierte Einbeziehung der Assoziierten Partner in die WEU-Beteiligung am NATO-Streitkräfteplanungsprozess sowie militärische Planung.

4. Der Ausschuss der Militärischen Delegierten (MDC), unterstützt von der Arbeitsgruppe der Militärischen Delegierten (MDWG) befasste sich mit der Revision der Organisationsstruktur und der Arbeitsweise des Militärstabs, der Harmonisierung des militärischen Ausrüstungsbedarfs sowie mit Anforderungen für Operationshauptquartiere und bereitete das Treffen des WEU-Militärausschusses im April 1999 vor.
5. Die Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Weltraumfragen“ führte ihre Arbeiten zur Definition der Rahmenbedingungen für eine mögliche WEU-Beteiligung an einem multilateralen europäischen Satellitenprogramm fort. Wie in anderen WEU-Arbeitsgruppen bereits der Fall, können Vertreter der Europäischen Kommission und des Ratssekretariats der EU seit Mai 1999 an den Beratungen der Arbeitsgruppe teilnehmen. In Zukunft soll die WEU auch als Beobachter in beratenden Gremien der EU zu Raumfahrtfragen bzw. zum geplanten europäischen Satellitennavigationssystem Galileo teilnehmen.

Ferner wurde der EU die Möglichkeit eingeräumt, dem Satellitenzentrum Aufträge zu erteilen.

6. Die Mittelmeerarbeitsgruppe setzte ihre Überlegungen zu einem möglichen Beitrag der WEU zu dem Barcelona-Prozess der Europäischen Union fort. Die Länder, die in den WEU-Mittelmeerdialog einbezogen sind, Tunesien, Algerien, Marokko, Mauretanien, Ägypten, Jordanien und Israel, werden regelmäßig über die neuesten Entwicklungen in der WEU unterrichtet. Als EU-Präsidentschaft unterrichtete Deutschland die Mittelmeerarbeitsgruppe ausführlich über das Barcelona-Folgetreffen in Stuttgart.
7. Die Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG) erörterte Fragen im Zusammenhang mit der Harmonisierung von Mechanismen und Abläufen des Krisenmanagements.
8. Dänemark hielt weiterhin die Präsidentschaft für die Transatlantische Öffentlichkeitsarbeit inne und führte die von Belgien eingeführten organisatorischen Änderungen der Informationsveranstaltungen in den Vereinigten Staaten und Kanada über europäische Sicherheits- und Verteidigungsfragen fort.
9. Die Arbeitsgruppe für Logistik (WELG) und die Gruppe für Langzeitplanung (EUROLONGTERM) setzten ihre Arbeiten in den Bereichen Logistik und langfristige Streitkräfteplanung fort. Als Folgearbeit einer von der italienischen Präsidentschaft initiierten Untersuchung über die Harmonisierung operationeller Anforderungen an die langfristige Streitkräfteplanung findet derzeit eine Anpassung der Grundlagendokumente von EUROLONGTERM statt. Die Arbeitsgruppe für Fernmeldesysteme (EUROCOM) behandelte neben laufenden operativen Themen Fragen der Interoperabilität zwischen taktischen Kommunikationssystemen.

Durch ihre NATO-Mitgliedschaft und ihre assoziierte WEU-Mitgliedschaft nehmen inzwischen auch Ungarn, Polen und die Tschechische Republik an den Beratungen von WELG, EUROLONGTERM und EUROCOM teil.

#### IV. Treffen des Militärausschusses

Der Militärausschuss der WEU kam am 19. und 20. April 1999 in Berlin zusammen. Die Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte befassten sich mit der neuen Militärstruktur der WEU, den Vorbereitungen für die gemeinsame NATO-/WEU-Übung im Jahr 2000, dem weiteren Vorgehen zur Harmonisierung des künftigen militärischen Bedarfs und dem Stand der Arbeiten zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität.

#### V. Tätigkeit der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG)

Am 1. Januar 1999 übernahm Griechenland von Deutschland den zwei Jahre lang währenden Vorsitz der Westeuropäischen Rüstungsgruppe.

Die Rüstungsdirektoren der WEAG kamen am 12. März 1999 in Athen zu ihrem halbjährlichen Treffen zusam-

men. Die WEAG beschäftigt sich derzeit vor allem mit Überlegungen über ihre künftige Rolle, ihre Struktur und Arbeitsweise, den Beziehungen mit der EU und den Arbeiten zu einer Europäischen Rüstungsagentur. Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich ist die Erweiterung der WEAG-Mitgliedschaft auf die drei neuen Assoziierten Mitglieder der WEU und die WEU-Beobachter. Es ist beabsichtigt, hierzu im Herbst 1999 in den Sitzungen der Rüstungsdirektoren und der Verteidigungsminister weiterführende Entscheidungen zu treffen.

#### VI. WEU-Versammlung

Der Ständige Ausschuss der Versammlung trat im März 1999 zusammen, um noch vor dem NATO-Gipfel in Washington und dem Europäischen Rat in Köln die Haltung der Versammlung zu neuen Entwicklungen der europäischen Sicherheit und Verteidigung zu definieren. Der Ausschuss verabschiedete einen Aktionsplan mit dem Ziel einer Integration der WEU in die EU und unterstrich die Auffassung der Versammlung, dass auch bei einer derartigen Integration die demokratische Kontrolle weiter gewährleistet sein müsse.

Wie bereits bei den letzten beiden Ministertreffen hatte der Präsident der WEU-Versammlung, Lluís Maria de Puig, Gelegenheit, vor Beginn der gemeinsamen Sitzung „zu 28“ zu den Ministern zu sprechen.

Die Frühjahrstagung der WEU-Versammlung fand vom 14. bis 17. Juni 1999 statt. Für die deutsche Präsidentschaft unterrichteten der Staatsminister im Aus-

wärtigen Amt, Günter Verheugen, sowie der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Walther Stützel, die WEU-Parlamentarier.

Als Gast sprach neben Generalsekretär Jacques Cutileiro der ungarische Premierminister Viktor Orbán.

Die Versammlung diskutierte und verabschiedete Empfehlungen zur Rolle der WEU nach Washington und Bremen, zur Situation auf dem Balkan, zu Satellitensystemen für Europa und zur Friedenswahrung in Afrika.

Der luxemburgische Außenminister José Poos unterrichtete die Versammlung über die folgenden Schwerpunkte der Arbeiten der WEU unter luxemburgischer Präsidentschaft:

- Fortsetzung des informellen Reflektionsprozesses über die Zukunft der europäischen Sicherheit und Verteidigung unter Einbeziehung der zweiten Phase der Bestandsaufnahme über Mittel und Fähigkeiten für europäische Operationen.
- Identifizierung und Verbesserung der Funktionen der WEU, die nach den Entscheidungen des Europäischen Rats in Köln in die EU übergehen sollen.
- Stärkung der institutionellen und praktischen Zusammenarbeit mit der NATO.
- Stärkung der operationellen Fähigkeiten der WEU insbesondere durch die Vorbereitung der gemeinsamen Übung mit der NATO im Jahre 2000.